



## **Stellungnahme der FREIEN WÄHLER Bayern zu den Forderungen in den Positionspapieren des Bayerischen Landesfrauenrates zur Landtagswahl am 14.10.2018**

### **Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischen Ämtern**

#### **Forderungen**

##### **Der BayLFR erwartet:**

- in ihren Statuten einen verbindlichen **Frauenanteil von 50 Prozent** für alle parteilichen Funktionen und Mandate aufzunehmen;
- **Frauen** in gleicher Zahl wie Männer auf **chancenreiche Listenplätze** zu setzen;
- sich für eine **gesetzliche Lösung** einzusetzen, damit die **Parität** in politischen Ämtern gewährleistet werden kann.

##### **Antwort:**

*Die beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereichte Popularklage des Aktionsbündnisses „Parité in den Parlamenten“, deren Ziel es war, auf eine paritätische Ausgestaltung des Wahlrechts hinzuwirken, haben wir FREIE WÄHLER in politischer Hinsicht unterstützt. Es erschien uns richtig, die geltenden bayerischen Wahlgesetze nochmals auf den Prüfstand zu stellen und die höchsten Richter und Richterinnen am Bayerischen Verfassungsgerichtshof über deren Verfassungsmäßigkeit bzw. Verfassungswidrigkeit entscheiden zu lassen. Nunmehr haben wir durch die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes Gewissheit. Die derzeit geltenden bayerischen Bestimmungen über die Aufstellung der Wahlvorschläge für die Landtags-, Kommunal- und Bezirkswahlen verstoßen nicht gegen die bayerische Verfassung. Trotz dieser Entscheidung bleibt es dem Landesgesetzgeber natürlich unbenommen, entsprechende Anpassungen seiner Wahlgesetze vorzunehmen, um die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an politischen Ämtern sicherzustellen. Als Vorbild kann insoweit das in Frankreich geltende Paritätsgesetz dienen. Diese neuen Regelungen müssen dann ebenfalls mit der Verfassung im Einklang stehen. Unabhängig von einer gesetzlichen*

Regelung wird aber auch ein Umdenken in den politischen Parteien selbst stattfinden müssen.

## **„Arbeitswelt 4.0“ für Frauen**

### **Forderungen**

#### **Der BayLFR erwartet von allen Parteien in Bayern:**

- sich dafür einzusetzen, dass die soziale Absicherung der neuen Arbeitsformen gewährleistet ist;
- darauf zu achten, dass durch das mobile und globale Arbeiten der Arbeitsschutz und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesichert werden;
- die Genderforschung zur Auswirkung von Arbeit 4.0 voranzubringen, denn die Auswirkungen der Digitalisierung im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit sind noch schwer vorherzusehen.

### **Antwort:**

*Selbstverständlich muss auch für neue Beschäftigungsformen die soziale Absicherung gegeben sein. Eine „entgrenzte“ Arbeitswelt im Zusammenhang mit der fortschreitenden Digitalisierung sehen wir FREIE WÄHLER kritisch. Gleiches gilt für den Arbeitsschutz und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir FREIE WÄHLER unterstützen insoweit auch die Forderung, die Genderforschung zur Auswirkung von Arbeit 4.0 voranzubringen, um die Chancen, aber auch die Herausforderungen, die die Digitalisierung im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit mit sich bringen wird, noch besser abschätzen zu können.*

## **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

### **Forderungen**

#### **Bayern braucht deshalb:**

- Betreuungsplätze für Kinder vor 8 Uhr und nach 17 Uhr, an Wochenenden und in den Ferien;
- den Rechtsanspruch für Kinder bis 12 Jahre auf eine Ganztagsbetreuung;
- das Rückkehrrecht in Vollzeit;
- die Akzeptanz der Wirtschaft für Väter in Elternzeit oder Teilzeit;
- mehr Frauen in Führungspositionen.

### **Antwort:**

*Wir FREIE WÄHLER sehen einen großen Bedarf im weiteren qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung. So ist es an der Zeit, die Einrichtungen in die Lage zu ersetzen, längere Betreuungszeiten anbieten zu können. Ebenso unterstützen wir die Forderung nach einem Rückkehrrecht in Vollzeit. Es darf zukünftig keine*

*„Teilzeitfallen“ mehr geben. Zudem treten wir FREIE WÄHLER auch für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein, denn nur so können die Weichen gestellt werden, dass dementsprechende Angebote zeitnah geschaffen werden.*

*Wir FREIE WÄHLER wollen auch den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen, allerdings ohne Quotenzwang. Denn der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist seit Jahren unverändert gering, obwohl diese heute ebenso hoch qualifiziert sind wie Männer. Eine gesetzlich verpflichtende Quote kann aus unserer Sicht aber nicht die alleinige Antwort auf die vielfältigen Ursachen für die geringe Anzahl sein. Wir sehen in der Quote deshalb nur eine Übergangslösung.*

## **Who cares? Die bezahlte und unbezahlte Arbeit (Sorgearbeit) immer noch fest in Frauenhand**

### **Forderungen**

#### **Der BayLFR erwartet:**

- gute Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechte Aufteilung der unbezahlten Sorgearbeit;
- gute Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal und eine angemessene Entlohnung der bezahlten Sorgearbeit;
- gute Infrastrukturen, die Care Arbeit (bezahlt und unbezahlt) ermöglichen und vor allem unterstützen.

#### **Antwort:**

*Es ist erfreulich zu beobachten, dass die Elternzeit immer öfter zwischen Mann und Frau aufgeteilt wird. Jedoch geht hier noch mehr. So muss noch verstärkt das Bewusstsein geschaffen werden, damit noch mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen. Im Bereich der Pflege übernehmen immer noch weitgehend Frauen die Sorgearbeit. Hier setzen wir FREIE WÄHLER uns für bessere Anreize und Rahmenbedingungen ein, damit pflegebedürftige Menschen von ihren Angehörigen gepflegt werden können – egal ob durch Männer oder Frauen.*

*Der Pflegebereich wird durch den demografischen Wandel vor eine gewaltige Herausforderung gestellt. Der Bedarf an Pflegekräften nimmt zu, so dass der Pflegeberuf attraktiv ausgestaltet werden muss, um mehr Menschen für eine Tätigkeit in der Pflege zu interessieren. Hierzu gehören eine angemessene Bezahlung, ein verbindlicher Personalschlüssel, Abbau von überbordender Bürokratie und gute Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.*

*Seit längerem setzen wir FREIE WÄHLER uns für die Errichtung einer starken bayerischen Pflegekammer ein, um den Pflegenden in Bayern eine hörbare Stimme zu geben. Ohne eine starke Interessensvertretung der Pflegekräfte ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege nicht zu erreichen. Durch Einrichtung einer Pflegekammer würden die Pflegeberufe auf eine Stufe mit anderen Gesundheitsberufen wie den Ärzten oder Apothekern gestellt.*